

13/SEU XXIV. GP

STELLUNGNAHME**des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 31. Jänner 2012
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG]**

KOM (11) 402 endg.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das
Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union
(Neufassung)
(55954/EU XXIV. GP)

Die Bundesregierung wird ersucht, bei den Verhandlungen zur Verordnung über das
Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen dafür einzutreten, dass:

- durch Schaffung eines eigenen Roaming-Marktes durch Trennung der Roaming-Dienste vom nationalen Tarifbündel Betreibern die Möglichkeit gegeben wird, in den Wettbewerb um Roaming-KundInnen zu treten. Dies führt zu einer Stärkung des Wettbewerbs unter den Anbietern, erhöht die Wahlmöglichkeit und senkt die Kosten für NutzerInnen und trägt zudem dazu bei, einen einheitlichen EU-Binnenmarkt im Mobilfunkbereich zu errichten;

die Transparenz der Endkundinnen bei Sprach-, SMS- und Datenroaming erhöht wird, indem sich KundInnen kostenlos über Roamingentgelte informieren können. Eine transparente Darstellung und rechtzeitige Information soll auch dazu beitragen, KundInnen vor unerwartet hohen Rechnungen zu schützen;